



Letztmögliche Anlaufstelle: Der Kindernotdienst, wie hier in Berlin, wird angefahren, wenn Kinderärzte und Jugendämter geschlossen haben

A

Als Stefan Müller sein Büro betritt, gleitet vor dem Fenster eine Hochbahn durch ein dunkles Wolkenband, die Mondsichel ist nicht mehr viel mehr als eine Ahnung. Es ist eine dieser Nächte. Müller spürt das schon, als er den Raum betritt.

Müller, klein und kräftig, hat all sein Gewicht in seine Schritte gelegt, sodass es ihn die Stufen beinahe hinaufgeworfen hat, in den ersten Stock dieses verlinkerten Altbaus in Berlin-Kreuzberg. Er hat die Tür geöffnet, „hallo“.

Es war die Art, wie seine Kollegin ihn grüßte, diese Spur von Abwesenheit in ihrer Stimme. Er kennt sie gut genug, um zu wissen, dass er es wieder mit Abgründen zu tun bekommen wird.

Müller hängt seine Jacke über seinen Schreibtischstuhl. Es ist Samstagabend 20 Uhr, Schichtübergabe.

„Beginnen wir mit dem Einfachen“, sagt die Kollegin.

Sie haben drei neue Kinder im Haus nebenan, in ihrer Wohngruppe. Ein Junge, eineinhalb Jahre alt, stand in einer Wohnung an einem offenen Fenster und drohte herauszufallen. Zwei andere Jungen, vier und sieben, hatten auf dem Balkon gestanden und um Hilfe gerufen, sie waren allein zu Hause. Und dann waren zwei von Müllers Kollegen noch in einer zugemüllten Wohnung, sie fanden dort ein Kind und seine Mutter, unterernährt und dehydriert, sie haben die Feuerwehr alarmiert und beide ins Krankenhaus begleitet.

Müller schenkt sich einen Kaffee aus der Thermoskanne ein, den die Kollegen noch gekocht haben. Dann steht er breitbeinig, den Rücken durchgedrückt, in diesem Büro. Eine dieser Nächte also. Eine dieser Nächte, in denen er Kinder aus ihren Familien herausnehmen wird, um die Kinder zu schützen. Eine dieser Nächte, in denen er, eine Kollegin und die Polizei in Wohnungen voller Müll stehen, betrunkene Eltern, kein Strom, keine Heizung. Und irgendwo zwischen

Kleiderbergen und Aschenbecher ein Baby oder ein Kleinkind, vielleicht zu dünn angezogen, vielleicht in Windeln, die viel zu lange nicht gewechselt wurden, mit traurigen Augen, mit blauen Flecken oder Blutergüssen.

Das passiert tausendfach in Deutschland, und es passiert immer öfter. In Berlin, Frankfurt oder Buxtehude. Müller ist das letzte Glied in einer langen Kette. Er wird gerufen, wenn es lichterloh brennt, die Feuerwehr des Sozialstaats. Er wird gerufen, wenn die Jugendämter und Kinderärzte geschlossen oder nichts bemerkt haben. Wenn die Behörden fürchten, es könnte um Leben oder Tod gehen.

Es gab Fälle, in denen es keinen Retter gab oder die Hilfe zu spät kam. Die Namen der toten Jungen und Mädchen kennt das ganze Land. Kevin aus Bremen, zwei Jahre alt, 2006 totgeschlagen vom eigenen Vater. Leonie aus Berlin, sieben Monate alt, 2012 vom eigenen Vater gegen eine Wand geschlagen. Yagmur aus Hamburg, drei Jahre alt, von den Eltern über Monate misshandelt, bis sie tot war. Alessio, Lenzkirch, 2015, tot. In all diesen Fällen kannten die Behörden die Familien.

Jede Woche sterben in Deutschland drei Kinder, totgeprügelt von ihren eigenen Eltern. Es steigt die Zahl der Babys und Kleinkinder, die von ihren Eltern stundenlang alleingelassen werden, zu wenig zu essen bekommen, nicht zum Arzt gebracht werden. Die Behörden holen immer schneller Kinder aus ihren Familien heraus, für einen Tag oder für immer. Sie nennen es „Inobhutnahme“. Im Jahr 2013 wurden bundesweit 42.123 Kinder in Obhut genommen, das sind fast doppelt so viele wie noch fünf Jahre zuvor. So besagen es die aktuellsten Zahlen der Jugendämter, die verfügbar sind. Fachstellen wie das Deutsche Jugendinstitut sagen, dass Eltern mit ihrer Verantwortung nicht mehr klarkommen und sich überfordert fühlen.

Forscher führen die Entwicklung zurück auf mehr Stress. Darauf, dass ein normales deutsches Leben heute wackeliger ist als vor zehn oder zwanzig Jahren, privat und beruflich. Sie sagen auch, dass es Kinder aus allen sozialen Schichten betrifft. Familien, in denen Vater und Mutter arbeiten, ebenso wie Familien, in denen die Eltern Akademiker sind. Die Häuser, zu denen Müller fährt, sind Waschbetonklötze in Wedding und Villen in Zehlendorf.

Seit 2006 der kleine Kevin in Bremen starb und Deutschland erhitzt darüber debattierte, hat sich einiges verändert. Menschen sehen genauer hin, wenn sie finden, bei den Nachbarn laufe etwas komisch. Viele Jugendämter sind strenger. Der

Staat reagiert. Er hat die Kinderärzte verpflichtet zu melden, wenn das Wohl eines Kindes gefährdet ist. Er gibt den Kommunen Geld, zum Beispiel für etwas mehr Personal. Trotzdem gibt es Bürokratie und Kompetenzgerangel in den Behörden und mangelnde Entschlossenheit in der Politik. Trotzdem sterben Kinder aus Familien, die den Behörden als Problemfälle bekannt sind.

Müller sieht, was sich andere höchstens ausmalen, wenn sie Geräusche oder Gerüche in einer Nachbarwohnung bemerken, die ihnen merkwürdig vorkommen. Er sieht, was sich hinter der Fassade eines Lebens abspielt, manchmal notdürftig vor den Augen anderer versteckt, manchmal sehr sorgfältig.

Oft beginnt es damit, dass jemand anruft. Nach 18 Uhr oder am Wochenende. Dann, wenn Nachbarn zu Hause sind und mitkriegen, wenn es nebenan kracht. Und wenn die Kinderärzte und Jugendämter geschlossen haben. Dann ist der Kindernotdienst, kurz KND, zuständig. In diesem Fall: der Kindernotdienst Berlin-Kreuzberg, Gitschiner Straße, Sachbearbeiter Stefan Müller.

„Und dann“, sagt Müllers Kollegin, „ist da noch eine Zweijährige. Ihre Mutter hatte getrunken, rastete aus.“

Müller fischt mit einer geübten Handbewegung einen Kindersitz von einem der Aktenschränke herunter. Seine Kollegin, Dana Boldt, eine schlanke Frau Mitte Zwanzig, zieht ihre Jacke über. Dann eilen sie die Treppen hinunter. Das Taxi wartet schon.

Ab wann darf der Staat Eltern ihre Kinder wegnehmen? Wie kann man wissen, was das Beste für ein Kind ist, das man gerade zum ersten Mal sieht?

Das sind die Fragen, um die es geht, eigentlich immer.

Müller, diplomierter Sozialarbeiter, trifft binnen weniger Minuten Entscheidungen, die Leben verändern, vielleicht prägen. Es geht um viel. Es wird sehr schnell sehr privat. Zwar sind es die Jugendämter, die am Ende zu entscheiden haben, wie es für das Kind weitergeht. Müller leistet gewissermaßen nur Erste Hilfe, einerseits. Andererseits ist er es, der die erste Entscheidung trifft, vielleicht die schwierigste. Bei den Eltern lassen? Oder mitnehmen, die *Ultima Ratio*, achtes Sozialgesetzbuch, Paragraph 42?

Das ist einer der Gründe, warum die Helfer und Behörden nicht gerne mit Medien darüber sprechen. Und warum sie schon gar nicht wollen, dass ein Journalist dabei ist, wenn ihre Mitarbeiter im Kriseneinsatz sind. Sie wollen die Kinder schützen, auch davor, dass ihr Leid zur Schau gestellt wird. Müller und seine Kollegin haben lange

“
Müller sieht,
was sich
hinter der
Fassade eines
Lebens abspielt

überlegt, bevor sie eingewilligt haben. Sie haben aber auch die Hoffnung, dass sich etwas ändert, zum Guten. Vor ein paar Tagen erst hat ein Fernsichtteam der ARD aufgedeckt, dass es private Firmen gibt, die ein Geschäft daraus gemacht haben, vom Staat viel Geld für die Betreuung hilfsbedürftiger Kinder anzunehmen. Dass sie es aber nur zum Teil für deren Betreuung ausgeben. Die Menschen sollen erfahren, um was es geht.

Das Taxi fährt am Schlesischen Tor vorbei. Müller und seine Kollegen fahren mit dem Taxi, wenn sie gerufen werden, immer. Weil es billiger ist als ein Dienstwagen, für den sie einen Fahrer bräuchten. Denn wenn sie von einem Einsatz zurück nach Kreuzberg fahren, müssen sie Flaschen geben oder Rasseln reichen, ein Kind einfach halten. Sie müssen Vertrauen schaffen.

Im Südosten der Stadt biegt das Taxi in eine kleine Straße ein. Müller sieht schon das Einfamilienhaus, vor der Tür warten zwei Polizisten. Eben noch haben Müller und Boldt Witzchen gemacht, jetzt sehen ihre Gesichter angespannt aus. Wenn Müller rausfährt wie jetzt und es auf jede Minute ankommen kann, ist immer eine Kollegin oder ein Kollege bei ihm. Zwei Krisenhelfer sehen mehr, urteilen besser als einer.

Müller und Boldt steigen aus und lassen sich von den Polizisten die Lage zusammenfassen. Eine Frau, 23, „total blau“, sei ausgerastet und werde ins Krankenhaus gebracht. Ihr Vater, 47, sei im Haus und die kleine Lea, zwei, seine Enkelin, im Obergeschoss. Wie seine Lebensgefährtin.

Müller und Boldt nicken einander zu, sie folgen einem dutzendfach geübten Ritual. Sie geht die Treppen hinauf in den ersten Stock. Müller bleibt unten und stellt dem Hausherrn Fragen.

Der Mann saugt an einer Zigarette und sagt, er habe seine Tochter zu sich geholt, ihr im Erdgeschoss eine Wohnung eingerichtet. „Damit sie nicht den Anschluss verliert.“ Sei aber schiefgegangen. Sie nehme Alkohol und Drogen, exzessiv, schon seit ihrer Jugend.

Müller hatte auf der Fahrt noch ein paar Notizen durchgesehen, die seine Kollegin ihm gegeben hatte. Nun steht er in einem kleinen, gepflegten Eigenheim, in einem durchschnittlichen deutschen Leben, in dem die Dinge aus dem Lot geraten sind. Das Jugendamt hatte Ina K.* die Tochter Lea weggenommen, wegen der Drogensucht, und sie der Urgroßmutter zur Betreuung gegeben. Schon vor einem halben Jahr. Seither sucht das Amt nach einer Pflegefamilie.

„Meine Mutter“, sagt der Mann, „schaffte das nicht mehr, da brachte sie die Kleine zu mir.“ Er schaffe es allerdings auch nicht mehr. Seine



Nachtschicht: Stefan Müller berät Eltern am Telefon und prüft, ob für Ernstfälle alles vorbereitet ist



Tochter und Lea, ihre Kleine, das sind zwei hilflose Kinder. Das große braucht dringend einen Arzt, der er nicht ist, und das kleine Kind brauche mehr Zeit und Betreuung, als er und seine Lebensgefährtin geben könnten. Sie beide haben Jobs, zwei Selbstständige. Wie er es erzählt, reißt sein Leben an ihm wie die Kräfte in einer Zentrifuge. Es ist zu viel.

„Heute Nachmittag“, sagt der Mann, „ging ich mit Lea Enten füttern.“ Als er zurückkam, war seine Tochter betrunken. Sie griff sich das Kind, schloss sich mit ihr in ihrer Wohnung im Erdgeschoss ein. Da, sagt der Mann, habe er die Tür eingetreten und die Polizei gerufen. „Vor diesem Tag hab ich immer Schiss gehabt.“

Müller fasst ihn sanft am Arm. „Sie wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Lea braucht einen sicheren Raum. Und Ihre Tochter einen Arzt.“ Müllers Kollegin kommt die Treppe herunter, Lea auf dem Arm.

„Helfen Sie Ihrer Enkelin“, sagt Müller. „Geben Sie ihr Sicherheit!“ Er sagt es leise, fast flüsternd, und doch mit Nachdruck. Der Mann schiebt seine Schirmmütze nach hinten. „Lea, Schatz“, sagt er zu der Kleinen, „du darfst mit den beiden mitgehen. Die passen auf dich auf. Wir sehen uns bald, ja?“ Wie ferngesteuert begleitet er Müller, Boldt und die Polizisten zum Gartentor, nestelt nach einem Taschentuch und geht, leise schluchzend, schnell zurück ins Haus.

Wann entgleist ein Leben? Was ist die größere Gefahr für das Kind: es seiner Mutter, seinem Vater wegzunehmen und sei es nur ein paar Tage? Oder es nicht mitzunehmen? Wieder diese Frage. Müller muss eine Antwort finden, die Ämter müssen eine Antwort finden. Für die Kinder, das zualtererst. Aber auch für die Öffentlichkeit. Denn nicht alle glauben, dass die Inobhutnahmen das Problem lösen. Der deutsche Kinderschutzbund beispielsweise hat da seine Zweifel (siehe Interview auf dieser Seite).

Krisenhelfer wie Müller klingeln, grüßen freundlich, und doch dringen sie in das Leben von Menschen ein, die nicht darum gebeten haben. Müller und Boldt müssen in der Lage sein, binnen weniger Minuten Existenzen zu wiegen. Wenn sie in eine fremde Wohnung kommen, scannen sie die Einrichtung. Wo steht der Aschenbecher? Was ist im Kühlschrank? Und in welchem Zustand ist das „U-Heft“ des Kindes, welches die ärztlichen Untersuchungen dokumentiert?

Der Scannerblick, sagt Müller, reiche allerdings nicht aus. Es geht um zu viel. „Zweifel gibt es immer“, sagt Müller. „Da hilft nur, dass wir viel reden, untereinander und mit den Eltern.“

„Die sozialen Dienste brauchen mehr Mitarbeiter“

Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers über die Nöte der Behörden – und teure Missverständnisse

Als Bürgermeister der Stadt Dormagen hat Heinz Hilgers ein viel diskutiertes Pilotprojekt gestartet. Es ging darum, wie Politik Kinder am besten vor Verwahrlosung und Gewalt in ihren Familien schützt. Die Antwort: Geld in Prävention stecken. Seit nunmehr 22 Jahren ist Hilgers Präsident des Kinderschutzbundes. Das Interview mit ihm führte Anette Dowideit.

WELT AM SONNTAG: Seit dem Tod des zweijährigen Kevin vor acht Jahren stand die deutsche Kinderschutzpolitik immer wieder in der Kritik. Schützen wir die Kinder heute besser? HEINZ HILGERS: Es ist traurig, dass nach wie vor circa 150 Kinder jedes Jahr in Deutschland durch Gewalt und Vernachlässigung zu Tode kommen. Alle politischen Versuche, das zu ändern, haben an dieser Zahl nichts geändert.

Jugendämter nehmen den Eltern immer häufiger ihre Kinder weg. Hat das nichts bewirkt?

Leider haben wir keine Anzeichen dafür, dass Kinder weniger von Gewalt und Kindesvernachlässigung betroffen sind. Allerdings sind die Kosten der Jugendhilfe in diesem Zeitraum rasant gestiegen. Wir müssen uns als Gesellschaft fragen, ob wir damit eigentlich das Richtige tun. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt vor, dass der Staat Familien erst einmal alle zur Verfügung stehenden Formen von Hilfe anbietet, aber dazu fehlen Jugendämtern meist die Mittel.

Wo liegen die größten Defizite?

Die Vernetzung der zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Kinder- und Jugendhilfe, der Gesundheitshilfe und dem Bil-

dungswesen muss verbessert werden. Außerdem müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin unterstützt werden, allen Familien mit Wertschätzung und Hilfsbereitschaft zu begegnen. Dazu brauchen die sozialen Dienste mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, aber auch ausreichend Zeit für die Betreuung der Familie. Damit das funktionieren kann, muss der einzelne Jugendamtsmitarbeiter natürlich eine deutlich kleinere Zahl an Familien betreuen, als das heute mit oft 70 und mehr der Fall ist.

Lässt sich das Problem also mit mehr Geld lösen?

Wenn mehr Geld in Präventionsangebote investiert wird, kann die öffentliche Hand darauf setzen, künftig Mittel bei der Intervention einzusparen. Das Paradoxe ist: Obwohl die Kommunen wissen, dass sie durch Prävention viel Geld sparen können, tun gerade die Städte mit der größten Finanznot das nicht.

Warum nicht?

Präventionsausgaben werden durch die Politik und die Kämmerer oft als freiwillige Leistungen betrachtet. Eine Fremdunderbringung ist eine Pflichtaufgabe der Kommune, die nicht aus dem Etat gestrichen werden kann.

Was kann die Bundespolitik tun?

Bundestag und Bundesrat sollten endlich die Kinderrechte gemäß der UN-Konvention ins Grundgesetz aufnehmen. Die Rechte unserer Kinder sind nicht erst bei Gewalt und Vernachlässigung beeinträchtigt, sondern auch dann, wenn die Rechte auf Bildung und Gesundheit sowie soziale Sicherheit nicht durch das Grundgesetz garantiert werden.



Heinz Hilgers, Deutscher Kinderschutzbund

Müller sagt, er könne sich an keinen Fall erinnern, bei dem er im Nachhinein hätte sagen müssen: Wir haben einen Fehler gemacht. Seine Arbeit, sagt er, konfrontiere ihn mit extremen Gefühlen. „Die lasse ich auch bewusst an mich heran.“ Um teilzuhaben, die Eltern besser zu verstehen, vor allem natürlich die Kinder, und dann eine gute Lösung zu finden.

Wenn eine Schicht endet, nach einer Nacht wie dieser, versucht er, den Schmerz irgendwie abzustreifen. Er redet viel mit Kollegen, bevor er nach Hause radelt. Zu Hause wartet dann seine Tochter, 15, sie braucht ihn, das lenkt ihn auch ab. Müller ist alleinerziehender Vater. Er macht viel Sport, liest, spielt Theater. Auch das hilft. Müller sagt, wahrscheinlich sei er sogar für diese Momente gemacht, in denen es besonders heikel wird. „Das macht den Reiz meiner Arbeit für mich aus.“ Er muss den richtigen Ton finden, bestimmt, aber nicht zu hart. Entschieden, aber so, dass er Vertrauen gewinnt. Die Welt der Jugendämter, die Welt der Aktenzeichen und Papiermappen und bürokratischen Hürden, das ist nicht seine Welt.

Müller setzt Lea in den Kindersitz, den er mitgebracht hat. Das Kind umklammert sein Kuscheltier, eine Diddl-Maus. Sie sind kaum losgefahren, da sagt die Kleine: „Heute haben Mama und Opa geweint und sich gehauen.“

Boldt, Müllers Kollegin, schaut sie lange an. „Ja, das sollen die nicht machen. Das mag ja keiner.“ Müller beginnt das Gespräch mit dem Kuscheltier: „Na, du süße Maus, wie heißt du denn?“

„Kika“, sagt das Mädchen, „und sie ist schon ganz groß“, sagt das Mädchen.

„Und ich bin der Stefan, ich bin auch groß. Siehst du draußen die Laternenlichter vorbeihuschen?“

„Ja, Kika mag die.“

„Ja, es ist schön, dass sie die Lichter mag. Ich mag sie auch.“

Lea wird eine Nacht beim Kindernotdienst verbringen, im Haus nebenan gibt es eine Wohnung, in der sie zehn Kinder aufnehmen können. Sie bleiben in der Regel drei Tage. Wie es danach weitergeht? Müller weiß es nicht. Lea wird nicht bei ihrer Großmutter bleiben können, das steht fest. Bei ihrer Mutter sowieso nicht. Das Jugendamt wird eine Lösung finden müssen. Müller wird einen Bericht schreiben. Dann ist seine Arbeit oft getan. Es ist schwierig genug.

Wenn er etwas übersieht, kann es passieren, dass er sich ein Leben lang einen folgenschweren Fehler vorwirft. Und dass Medien über die Trottel vom Amt berichten, die es doch hätten wissen

können. Vor allem dann, wenn sich hinterher herausstellt, dass es um Leben und Tod ging.

„Diese Verantwortung wiegt wie Gewichte auf den Schultern“, sagt Müller. Sie treibe ihn aber auch an, sich immer zu fragen, ob er etwas besser hätte machen können. „Ich habe schon manchmal Gesprächschancen verpasst, die einer einvernehmlichen Lösung den Weg ebnet.“ Mit den Jahren sei er wachsamer geworden, auch cooler. „Man hört immer besser zu.“

Als Müller, Boldt und Lea im Kindernotdienst ankommen, werden sie von einer Erzieherin empfangen. Und von Anna*. Anna ist schon länger da. Sie ist elf. Eine Bande hatte sie abgerichtet, zum Taschendiebstahl. Sie lebt jetzt seit Wochen hier. Vier Versuche, sie in Kindereinrichtungen zu geben, scheiterten. Anna rebellierte. Sie will ein neues Leben, ein normales, wie ihre Freundinnen. In ihrem bisherigen Leben war es normal, dass man sie einsperrte, wenn sie nicht genug zusammengeklaut hatte. Sie braucht Zeit. Müller, Boldt und die anderen Helfer des KND fühlen sich inzwischen wie Annas Paten.

Während Lea anfängt Holzklötze zu stapeln, springt Müller die Treppen hinauf, in sein Büro. Er braucht das Tempo, die Bewegung. Doch wenn um ihn herum die Luft brennt, wenn alle um ihn herum aufgeregter sind, heulen oder schreien, wird er ganz ruhig. Die Gesichtszüge weich, die Augen groß, alles an ihm signalisiert dann Gelassenheit und Zuversicht.

Wenn man ihn einige Wochen bei seiner Aufgabe begleitet, versteht man, dass das nicht nur gelernt sein kann. Konflikte lösen, ohne Gewalt. Darum geht es ihm, schon immer.

Müllers Kindheit war ein Familienidyll auf dem Land, mit Seeblick. Alles Trompetenhafte, alle Kraftprotzerei der DDR war ihm fremd. Er war der Sohn eines Pastors, der die sozialistischen Organisationen nicht durchlief, ein Außenseiter. In den 80er-Jahren, Müller war inzwischen Sozialdiakon, lernte er Punks kennen, den Drang, sich das Maul nicht verbieten zu lassen. Ihre Waffe war das Wort. Seine Eltern sagten: Fall besser nicht so auf. Es kümmerte ihn nicht.

Er ging gegen die SED demonstrieren, wurde mehrfach festgenommen, es war 1989. Einmal brach ihm ein Stasi-Mann den Arm. Einmal wurde er in ein Sammellager der Volkspolizei gebracht. Die ganze Nacht stand er in einer Garage, die Hände hinterm Kopf. Er hörte, wie Leute verprügelt wurden, und dachte: Jetzt ziehen sie es durch. Vielleicht ist man mit Gewalt doch stärker.



Nur für den Dienstgebrauch: Vermerke des Notdienstes



Ein Quantum Trost: Betreuung durch den Kindernotdienst



„Dieser Bericht muss sein“: Die Behörden arbeiten nicht immer zusammen, wie es sein sollte. Will Müller wissen, wie es für eines seiner Kinder weitergeht, bekommt er nicht immer Antworten

Fortsetzung von Seite 17

Am nächsten Tag ließ man ihn frei. Ein paar Wochen später, am 9. November, hatte er seinen Glauben wieder. Es funktioniert doch, dachte er. „Gewaltfreiheit ist das Einzige, das funktioniert.“

Seit acht Jahren ist er beim Kindernotdienst. Es ist seine Art, ein politischer Mensch zu sein, so sieht er es. Jeder Tag eine Art friedliche Revolution, für die Kinder. Und, darum geht es ihm schon auch, vielleicht auch für ihre Eltern.

„Langfristig ist das für das Kind das Beste“, sagt Müller, als er sich im ersten Stock wieder an den Computer setzt. Die Natur hat nun mal vorgesehen, dass Kinder zu ihren Eltern eine besonders enge Bindung haben. Eltern kennen ihre Kinder am besten. Der beste Kinderschutz ist es also, wenn man Eltern hilft, mit ihrem Leben, mit ihren Kindern glücklich zu sein.

Es gibt sie, die Fälle, die Müller Mut machen. Wenn er nicht mit dem Taxi zu einem Einsatz fährt, berät er am Telefon, gibt Erziehungstipps oder versucht, Streit zu mildern, und recherchiert, wer im örtlichen Jugendamt helfen könnte. Es gibt Familien, die rufen seit Jahren beim KND an, holen sich Rat, Ermahnung, Zuspruch. Manche kommen aus Bayern oder Schleswig-Holstein. Als der KND vor 37 Jahren gegründet wurde, war er die erste Einrichtung seiner Art in Deutschland.

Es ist inzwischen 22 Uhr. Bevor Müller sich an seinen Computer setzt, um den Bericht zu Leas Fall zu schreiben, nimmt er sich eine Schokopraline vom Gemeinschaftstisch.

Manchmal lassen er und die Kollegen es sich gut gehen. Es passiert auch mal, dass in einer Nacht kaum jemand anruft. Sie schreiben dann ihre Berichte und reden über Fälle, die sie gerade bearbeiten. Sie reden darüber, was die Arbeit mit ihnen macht, über das Wetter, darüber, dass die Bayern schon wieder Meister werden. Drei Sozialpädagogen und ein Job wie in Tausenden anderen Büros in Deutschland.

Müllers Telefon klingelt, er hebt ab. „Er macht unsere Familie kaputt, wir können nicht mehr.“ Es ist eine Männerstimme. Er, das ist Nick*. Nick hat sein Zimmer unter Wasser gesetzt, einen Stuhl entzweigen lassen. Nick ist zwölf.

Müller lehnt sich in seinem Drehstuhl zurück. „Geben Sie ihm mir doch mal.“ Er kennt den Mann, er kennt Nick. Er hat vor ein paar Monaten mit ihm telefoniert, da ist es zu Hause schon mal eskaliert. „Was meinst du, wenn du morgen mal vorbeischaust? Dann können wir in Ruhe darüber reden“, sagt Müller. Nick willigt ein.

„Das ist der Beginn eines Loslösungsprozesses“, sagt Müller, als er das Telefonat beendet hat. Die Mutter des Jungen sei als Kind missbraucht und als Erwachsene vergewaltigt worden. Sie betreibe ein Internetforum für Missbrauchsoffer. „Sie hat Angst- und Schlafstörungen, auch Bulimie. Alles dreht sich um die Aufarbeitung.“ Für Nick sei da wenig Platz. Das zerstörte Zimmer: ein Schrei nach Aufmerksamkeit. Oder ein erster Abschiedsgruß.

Kurz nach Mitternacht tippt Müller einen Vermerk. Vor zweieinhalb Wochen hatte tagsüber ein Mann angerufen: Bekannte würden im Beisein ihres sechs Monate alten Babys trinken, kiffen, sich schlagen. Ein Blick in alte Aufzeichnungen: Zwei ältere Kinder sind schon woanders untergebracht. Er und Dana Boldt seien sofort hin, die Mutter mit Veilchenaugen, die Wohnung desolat. „Dennoch“, sagt Müller, „waren wir überzeugt, dass die Mutter keine akute Soforthilfe brauchte.“ Er meldete dem Jugendamt, dass sie langfristige Begleitung nötig habe, um zu verhindern, dass ihr Partner wieder gewalttätig wird. Zwei Wochen lang geschah nichts. Dann antwortete das Jugendamt. „Die sollen dann zu uns kommen und Hilfe zur Erziehung beantragen.“ Wenig später stand die Frau mit ihrem Kind im Büro des Kindernotdienstes. Der vermittelte sie in ein Frauenhaus, wo sie es nicht aushält.

Müller tippt weiter an seinem Vermerk. Er sagt: „Wir haben Verantwortung für die da draußen, für Eltern und Kinder. Dazu gehört auch eine konkrete Kontrolle, dass Hilfe auch angenommen wird.“ Er will über seine Chefs in Erfahrung bringen, wie es für die Mutter und ihr Kind denn jetzt weitergeht. Welches Schutzkonzept das Jugendamt für das Kind hat. „Manchmal offenbaren sich uns in den akuten Krisen Abgründe, die den Jugendämtern in der langfristigen Fallarbeit verborgen bleiben.“ Das kann zu Schwierigkeiten führen. Kollegen fühlen sich in ihrer Kompetenz angegriffen. „Dieser Bericht“, sagt Müller, „muss jetzt sein.“ Denn jemand hat die Antworten verweigert, die er gerne hätte.

Falko Liecke weiß nur zu gut, was in den Behörden so alles schliefen kann. Sein Büro ist nur ein paar Kilometer Luftlinie vom Kindernotdienst entfernt, ein wuchtiger Steinklotz, eingerahmt von Wurstbuden und rußschwarzen Altbauten. Das Rathaus von Berlin-Neukölln. Liecke, 42 und in der CDU, berlinert, am Handgelenk trägt er eine goldene Uhr. Er ist stellvertretender Bezirksbürgermeister. An ihm und seinem Bezirk lässt sich gut zeigen, wie es um den Kinderschutz in Deutschland steht.

„Das System, das wir momentan haben, ist doch irre“, sagt Liecke.

Es gibt inzwischen ein großes Bündel von Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass möglichst früh auffällt, wenn ein Kind in Not geraten könnte. Und es gibt, überall im Land, viele Stellen, die für Familien zuständig sind. Genau da liegt das Problem. Es gibt viele Angebote, viel guten Willen, aber keinen richtigen Plan.

Da sind zum Beispiel die Regeluntersuchungen beim Kinderarzt, die für alle Kinder vorgesehen sind: von ihrer Geburt bis zur Einschulung. Eine gute Sache, finden fast alle Kinderschutzexperten. Findet auch Liecke. Das Problem sei bloß, dass die Kinderärzte ausgerechnet jene Kinder fast nie in ihren Praxen hätten, die misshandelt werden oder unterernährt sind. Die Untersuchungen sind nämlich in fast allen Bundesländern freiwillig. Eltern, die befürchten müssen aufzufallen, kommen einfach nicht. Bayern und Baden-Württemberg verpflichten Eltern deshalb seit ein paar Jahren zu diesen Untersuchungen. Können Eltern sie bei der Kindergarten- oder Schulanmeldung nicht nachweisen, schaltet sich das Jugendamt ein. Berlin hat solche Gesetze nicht. Liecke sagt, er verstehe nicht, warum.

Und dann dieses Gewirr aus Zuständigkeiten. Es gibt so viele Stellen, dass man leicht den Überblick verlieren könnte. Jede Stelle macht, wie sie denkt. In Neukölln sind das Gesundheitsamt und das Jugendamt seit ein paar Jahren zusammengelagert. Die Mitarbeiter sitzen quasi nur einen Flur voneinander entfernt. Schön und gut, sagt Liecke. Aber: Die beiden Ämter dürfen im Normalfall keine Informationen austauschen. Wenn das Gesundheitsamt zum Beispiel nach der Geburt eines Babys die Eltern nicht erreicht. Wenn die Eltern die freiwilligen Antrittsbesuche nicht wollen, die Bezirke wie Neukölln anbieten, und wenn sie auch Anrufe und alles andere abblocken, dann darf das Jugendamt das nicht erfahren. Datenschutz.

Zieht eine Problemfamilie nach Kreuzberg um, vielleicht nur ein paar Straßen weiter, dann kann es sein, dass das neue Jugendamt nicht sofort weiß, dass die Eltern schon aufgefallen sind. Zwar werden die Akten per Post weitergeschickt – aber nur dann, wenn das Kind tatsächlich schon misshandelt wurde. Es gibt aus Datenschutzgründen kein zentrales Register der Jugendämter, in dem solche Fälle erfasst werden. Nicht für Berlin, schon gar nicht für ganz Deutschland.

Liecke sagt, das wäre zum Schutz der Kinder aber dringend nötig.

Der Berliner Datenschutzbeauftragte Alexander Dix sagt, man dürfe nicht alle Eltern unter

Generalverdacht stellen. Das passiere aber, wenn man alle Familien in einer Datenbank erfasse, auf die alle Stellen zugreifen könnten. Die Jugendämter könnten sich außerdem, falls es nötig sei, auch jetzt schon austauschen.

Das stimmt. Es passiert allerdings in der Regel erst dann, wenn ein Kind wieder mit blauen Flecken in den Kindergärten gekommen ist oder in der Schule auffällt, weil es unterernährt und seit Wochen nicht gewaschen ist. Es ist dann oft der Moment, in dem Stefan Müller gerufen wird, der Mann vom Kindernotdienst. Er holt Kinder wie die kleine Lea erst einmal raus aus ihrer Familie, kann sich aber nicht darum kümmern, was danach passiert. Denn dafür ist er nicht zuständig. Die Verantwortung hat dann der Sozialarbeiter im Jugendamt weiter und der muss sehen, wie er das Kind am besten unterbringt.

All das sind Gründe, warum Fachleute sagen, den Kindern wäre weit mehr geholfen, gäbe es für jeden Fall einen einzigen Ansprechpartner, am besten im Jugendamt. Dieser Mitarbeiter, sagt etwa der Chef der Kinderschutzbundes, müsste zum Beispiel den Familien Haushaltsorganisationstraining vermitteln, den Eltern bei der Jobsuche helfen oder eine Familienhelferin bereitstellen. Das könne nur funktionieren, wenn nicht jeder Sozialarbeiter gleichzeitig 70 Fälle bearbeitet, wie fast überall in Deutschland.

„Das Problem ist nicht, dass wir zu wenig Geld für Jugendhilfe ausgeben“, sagt Liecke, der Politiker. „Wir geben es aber erst aus, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.“ Er meint: zu wenig für Dinge, mit denen man frühzeitig etwas verhindern kann. „Je mehr Geld wir bei den Familien mit ganz kleinen Kindern in die Prävention stecken, umso mehr Geld sparen wir später.“ Das ist, was der Deutsche Kinderschutzbund seit Jahren sagt. Und es ist die Erfahrung, die unter anderem Dormagen gemacht hat. Die Kleinstadt, zwischen Köln und Düsseldorf gelegen, hat vor gut 14 Jahren angefangen, auffällige Familien von Geburt an zu begleiten. Das Ergebnis: Es gibt dort inzwischen deutlich weniger Inobhutnahmen, die Jugendhilfe ist besser geworden – und deutlich billiger. Sie kann deshalb viel mehr Familien helfen als früher, ohne dass sie mehr ausgeben muss.

Liecke schüttelt den Kopf. Irre, sagte er ja schon. Natürlich ist auch er gefragt, er ist schließlich Politiker. Er bräuchte halt bloß Verbündete, die etwas zu sagen haben. Vor einem Jahr hoffte er, es könnte sich bald etwas ändern. Zwei Gerichtsmediziner der Charité hatten ein Buch veröffentlicht, „Deutschland misshandelt seine Kinder“. Bekannte Politiker meldeten sich. Sie inte-

“
Der
Lokalpolitiker
schüttelt den
Kopf: „Das
System ist
doch irre.“
Er braucht
Verbündete mit
Macht, aber das
ist schwierig

ressierten sich, wollten wissen, was sie tun könnten. Nun, ein Jahr später, sagen dieselben Leute, das Thema sei auf Bundesebene im Moment einfach nicht so auf der Agenda. Die, die das Thema nach wie vor auf der Agenda haben, denen ergeht es wie Liecke. Sie haben keinen Namen und keinen großen Einfluss. Die Kinderkommission des Bundestages besteht im Moment aus vier Abgeordneten. Sie soll Belange von Kindern in der Gesetzgebung durchsetzen. Ihr Vorsitzender findet es vor allem wichtig, noch in diesem Jahr einen „Kinderbeauftragten der Bundesregierung“ zu etablieren. Was der genau tun soll, kann der Vorsitzende auch nicht so genau sagen.

Die Bundesfamilienministerin richtet auf Anfrage der „Welt am Sonntag“ aus, die Bundesregierung habe den Kommunen 177 Millionen Euro gegeben, um in sogenannte frühe Hilfen zu finanzieren. Liecke sagt, er wisse, das ist nur ein Anfang. Er bezahlt in Neukölln mit diesem Geld zwei Familienhebammen, die sich jeweils um zehn Familien intensiv kümmern. Bisher noch auf Honorarbasis. Und einen neuen Dienst, „Babylotsen“, der in die Krankenhäuser geht und die Mütter der Neugeborenen anspricht – schließlich können die nicht weglaufen.

Als Stefan Müller in seinem Kindernotdienst-Büro seinen Bericht fertiggetippt hat, bricht der Sonntag an. An Sonntagen müssen er und seine Kollegen oft entscheiden, wo ein Kind vorerst bleiben soll: bei der Mutter oder beim Vater. Der Sonntag ist der Tag, an dem Eltern, die getrennt leben, ihre Kinder zum anderen Elternteil zurückbringen.

Jetzt sitzt der Vater von Nadine* vor Müllers Schreibtisch. Komplizierte Sache. Nadine ist acht, sie lebt bei ihrem Vater, bei der Mutter ist sie nur ab und an zu Besuch. Gestern Abend aber hat ihre Tante sie zum Notdienst gebracht, damit sie dort übernachtet. „Sie soll nicht zum Vater zurück, der schlägt sie!“

Ob er Nadine mal hart angefasst habe, fragt Müller den Vater.

„Ja, das kann sein.“

Müllers Kollegin hat erst gestern noch in der Akte notiert, dass sich Nadines Verhalten schlag-

artig geändert hat, als die Schwägerin wieder weg war. Nadine habe zu ihrem Vater zurückgewollt, bei dem sie seit sechs Jahren lebt. Und Schläge? Nun, ab und zu ein Klaps.

„Nadine ist unglücklich, sie hat Sehnsucht nach Ihnen beiden“, sagt Müller.

„Och“, sagt der Vater, „die Mutter hat gar nicht so viel Interesse an Nadine.“ Kontakt zwischen ihm und ihr sei kaum möglich, sie komme zu keinem Termin beim Jugendamt.

„Eines muss klar sein“, sagt Müller. „Kinderbitte-nicht-hauen. Mit Gewalt erreichen Sie nur Schlechtes.“ Der Mann nickt stumm. Er steht auf und nimmt Nadine in den Arm. Erleichtert verlässt sie mit ihm das Haus.

Eine halbe Stunde später sitzt Barbara K* vor Müllers Schreibtisch, Nadines Mutter. Auf genau

dem Stuhl, auf dem der Vater saß. Die Schwägerin ist mitgekommen.

„Nadine hat Angst“, sagt die Mutter. „Sie würde nie zugeben, dass er sie schlägt.“ Sie wolle ihr Kind bei sich haben. „Ich war sechseinhalb Jahre mit ihm zusammen. Es gab auch häusliche Gewalt.“ Da habe sie ihn rausgeschmissen, Nadine habe dagegen rebelliert. Sie habe sich an das Jugendamt gewandt, „plötzlich hatte ich das Amt nicht mehr auf meiner Seite, sagte zu allem Amen, auch dazu, dass er das Aufenthaltsbestimmungsrecht bekam. Jetzt sagt mein Anwalt, ich soll Beweise gegen ihn sammeln.“

Müller runzelt die Stirn. Warum will die Mutter ihr Kind erst jetzt zurück, wenn sie es doch so sehr vermisst? Wem kann er glauben? Welche Rolle spielt das Jugendamt? Wie auch immer es



Gutes Ende, vorläufig: Nach einer Nacht in der Unterkunft des Kindernotdienstes wird Pascal*, 2, von seiner Mutter abgeholt

sein mag, die Eltern laden ihrer Tochter eine viel zu große Bürde auf. Sie zwingen sie, sich für einen zu entscheiden, Vater oder Mutter. Die Kleine muss sich mitschuldig fühlen, wenn die Eltern schlecht übereinander reden. Sie ist erst acht, sie kann nicht verstehen, dass sie mit alledem nichts zu tun hat. Schließlich sagt Müller: „Das mit dem Anwalt können Sie so machen. Aber was Sie noch können: Nadine mal von der Schule abholen, das wünscht sie sich.“

„Darf ich nicht.“

„Dann gehen Sie ins Jugendamt, machen Sie Termine, gemeinsam mit dem Vater. Holen Sie Nadine öfter zu sich.“

Die Schwägerin steht auf. „Ich halte das nicht mehr aus. Zwei Jahre habe ich gebraucht, um sie da mit dem Kind rauszuholen, und nun hilft uns der Staat nicht.“ Sie selbst sei Scheidungskind gewesen, habe beim Vater gelebt. „Ich wurde viel geschlagen, bin dann hier zum KND gegangen. Mein Vater tauchte auf, machte mich rund – und ich knickte ein.“

So viele Geschichten, so viele Versionen von Wahrheit, die nicht zueinanderpassen. Müller kann das nicht heilen. Aber er muss versuchen, einen Weg zu finden, wie sich die Eltern wieder etwas annähern könnten. Damit sie das mit ihrer Tochter auf die Reihe bekommen. Er überlegt eine Weile. Es ist still in seinem Büro. Draußen rauschen Autos wie aus einem fernen Tal vorbei. Irgendwann sagt Müller: „Wir können uns irren, aber eine aktuelle Gefährdung sehen wir nicht. Wir sehen aber die Zerrissenheit von Nadine.“

Die Schwägerin seufzt. „Okay, ich habe mit meinem eigenen Film zu kämpfen, dem von damals.“ Damals habe man sie alleingelassen.

„Wir versprechen, dass wir das Jugendamt informieren und es bitten werden, Ihnen langfristig zu helfen“, sagt Müller. Die beiden Frauen verabschieden sich. Erleichtert, es gibt jetzt eine neue Möglichkeit, eine neue Hoffnung, dass sich etwas bessert. Als die Tür ins Schloss fällt, schaut Stefan Müller nach draußen in den grellen Sonnenschein. Für heute ist seine Arbeit getan.

* Namen geändert

”
Wieder so eine
Geschichte. Wem
soll er glauben?